

# Umschau

## Die tschetschenische Tragödie

Die Geiselnahme in dem Moskauer Musical-Theater vom 23. bis 26. Oktober 2002 und der verheerende Bombenanschlag auf den tschetschenischen Regierungssitz in Grosny am 27. Dezember 2002 haben den Tschetschenienkrieg auf grausame Weise wieder ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gebracht. Ein Blick in die Geschichte hilft bei der Beantwortung der Frage nach den Ursachen des Konflikts.

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts griff die russische Eroberungs- und Kolonisationspolitik auch nach dem Nordkaukasus. Hier trennten sie Tschetschenen, Awaren, Dagistaner, Inguscheten usw. von den christlichen Staaten Georgien und Armenien. Von 1829 bis 1861 tobte ein von beiden Seiten grausam geführter Krieg. Die Kaukasier kämpften unter Imam Schamil gegen die Aggressoren, die mit überlegener Heeresmacht in ihr Land eingedrungen waren. Es war nach der Scharia ein „heiliger Verteidigungskrieg“ gegen die „Moskowiter“ und „Giauren“ (Ungläubigen). Nach der Gefangennahme Schamils (1859) legten sie wenige Jahre darauf die Waffen nieder. Mehr als eine Million Kaukasier waren in die Türkei geflüchtet. Auch als Untertanen des Zaren änderte sich die Lebensweise der Nordkaukasier wenig; sie hielten am Islam fest, den sie im 16. Jahrhundert angenommen hatten. Kasi-Mohama, einer der Söhne Schamils, kämpfte im russisch-türkischen Krieg 1877/78 auf türkischer Seite. Ein Enkel Said's soll im Zweiten Weltkrieg in Berlin Mitbegründer der „Volkspartei der Bergbewohner“ im Kampf gegen Moskau gewesen sein.

Die Autonomiebestrebungen der nordkaukasischen Völker nach dem Ersten Weltkrieg wurden von der Sowjetmacht unterdrückt. Moskau schnitt die Grenzen einer Autonomen Republik der Inguscheten und Tschetschenen zurecht. Die Tschetschenen, die von Moskau immer als Räuber und Rebellen angesehen wurden, erhoben sich 1929 gegen die Zwangskollektivierung. Die Verfolgung des Islam mag dabei auch eine Rolle gespielt haben. Das NKWD (Volkskommissariat in-

nere Angelegenheiten) liquidierte 1937 endgültig die „Unzuverlässigen“.

1944 wurden wegen angeblicher Kollaboration mit Deutschland 500 000 Tschetschenen und 91 000 Inguscheten nach Mittelasien deportiert. Wahrscheinlich ist bei der Deportation ein Fünftel davon ums Leben gekommen. Am 27. Februar 1944 wurden zwischen 600 und 700 Bewohner der Siedlung Chaibach in einer Scheune verbrannt. Heute gilt die Siedlung als nationale Gedenkstätte. Der teils autobiographische Roman von Anatoli Pristawkin „Über Nacht eine goldene Wolke“ (deutsch 1988) gibt einen Einblick in das Schicksal der Tschetschenen. Der Haß auf Moskau blieb auch nach Stalins Tod, als 1956 die Verschleppten in ihre Heimat zurückkehren durften, wo sich inzwischen Russen niedergelassen hatten.

1989 lebten in der Autonomen Republik 1,27 Millionen Menschen, darunter 734 500 Tschetschenen, 293 771 Russen und 163 672 Inguscheten. 1992 spaltete sich im Westen das Gebiet der Inguscheten ab. Wieviele Menschen heute in Tschetschenien leben, wieviele in den Kriegen umgekommen sind, wieviele in Nachbarländer geflüchtet sind, ist nicht feststellbar.

Im Herbst 1989 bildete sich eine Versammlung der kaukasischen Bergvölker, 1991 eine Konföderation der Bergvölker, die allerdings einen prorussischen und einen protschetschenischen Flügel hatte. Der „Allnationale Kongreß“ vom Jahr 1990 bestand nur aus Tschetschenen; an seiner Spitze stand der bisherige General Dschochar Dudajew. Die Wahlen im Oktober 1991 in der Autonomen Republik, die gegen den Willen Moskaus abgehalten wurden, brachten Dudajew 85 Prozent der Stimmen. Am 2. November 1991 – also noch also vor dem Zerfall der Sowjetunion – erklärte sich Tschetschenien für unabhängig. Moskau verhängte den Ausnahmezustand über Tschetschenien-Inguscheten. Auf Grund der Verfassung konnten Ende 1991 die Unionsrepubliken aus der Sowjetunion ausscheiden, jedoch nicht die „Autonomen“ Gebiete.



Dudajew wurde zu einer Art Nationalheld im Kampf gegen den „russischen Imperialismus“. Die Politik Moskaus und die Unfähigkeit Dudajews führten zum wirtschaftlichen Niedergang Tschetscheniens und zu einer fortschreitenden Kriminalisierung. So entstand auch die tschetschenische Mafia, die von Boris Jelzin benutzt wurde, um Dudajew zu diffamieren. Anfang 1992 versuchte Jelzin, Tschetschenien ohne Blutvergießen in der Russischen Föderation zu halten, doch im September 1992 forderte der tschetschenische Außenminister die völlige Unabhängigkeit. Im November kam es zu einem Abkommen über die Entflechtung der russischen und tschetschenischen Truppen. Dudajew erhielt unter anderem Waffen und technisches Material; später stellte sich allerdings heraus, daß aus diesem Kontingent bereits vorher 70 Prozent durch russische Armeeeingehörige verkauft worden war. Im Juni 1994 wurde auf inguschetischem Gebiet ein gegen Dudajew gerichtetes Schattenkabinett der „Regierung der nationalen Wiedergeburt“ unter Salambak Chadjijew geschaffen. Am 16. September 1994 verhängte Dudajew den Kriegszustand. Es kam zum ersten Tschetschenienkrieg.

Am 11. Dezember 1994 marschierten russische Truppen in Tschetschenien ein. Von russischer Seite aus gesehen war es ein Krieg für die „Integrität Rußlands“ und gegen „Kriminelle“. Der geplante „Blitzkrieg“ mißlang. Der Widerstand war erbittert angesichts der Zerstörung von Dörfern und Städten. Russische Medien kritisierten, zumal sie ständig in ihrer Arbeit behindert wurden, das russische Vorgehen. In den „Moskowskie nowosti“ (Nr. 1/95) wurde dem Präsidenten sogar vorgeworfen, gegen die Verfassung verstoßen zu haben, die nur im Fall einer Aggression die Verhängung des Kriegszustandes erlaubte. Die Medien berichteten über Rechtsverletzungen, Massaker, „Filtrationslager“. In diesen Lagern trieb man tschetschenische Männer zusammen, um jene „herauszufiltern“, die auf tschetschenischer Seite gekämpft hatten. Nach Berichten von entlassenen Überlebenden wurden die in den Lagern Festgehaltenen unmenschlich behandelt. Auch war die Einlieferung in die Lager zumeist ein willkürlicher Akt zur Abschreckung.

1995 kam es in dem tschetschenischen Dorf Samaschki zu einem Blutbad. Tschetschenische

Kämpfer hatten das Dorf verlassen, russische Truppen richteten ein Massaker unter der Zivilbevölkerung an. Am 19. April 1995 meldete die Regierung, der letzte Rebellenstützpunkt sei erobert.

Die Kämpfe gingen jedoch weiter; zeitweise gelang es den tschetschenischen Kämpfern auch, wieder in Grosny einzudringen. Inzwischen erhielt der blutige Konflikt eine neue Dimension. Dabei galt die Devise: „Besetzt ihr unser Land und macht die Bevölkerung zu Geiseln, so werden wir das ebenso auf eurem Gebiet machen!“ Im Juni 1995 überfiel Schamil Bassajew die südrussische Stadt Budjonnowsk und nahm die Bewohner des Krankenhauses als Geiseln. Bei der Befreiungsaktion kamen 123 Personen ums Leben, die meisten davon Zivilisten. Im Januar 1996 besetzten tschetschenische Kämpfer die dagestanische Stadt Kisljar und das dortige Krankenhaus. Ähnliche Operationen folgten; die letzte war die Geiselnahme im Moskauer Musical-Theater.

1995 begannen russisch-tschetschenische Verhandlungen; Abkommen wurden abgeschlossen, aber nicht eingehalten. Moskau ersetzte Chadjijew durch Doku Sawgajew, auf den aber bald ein Attentat verübt wurde. Dudajew, der mit den Feldkommandanten Konflikte hatte, wurde am 22. April 1996 bei einem russischen Raketenangriff getötet. Sein Nachfolger wurde Vizepräsident Selimchan Jandarbijew, der ankündigte, er werde den Kampf „bis zum letzten Mann“ fortsetzen. Verhandlungen scheiterten unter anderem, weil Jelzin die russischen Großmachtsprüche beibehielt. Massenweise flüchteten Bewohner Tschetscheniens nach Inguschetien und Dagestan.

Am 22. August 1996 unterzeichneten der russische General Alexander Lebed und der tschetschenische Militärführer Aslan Maschadow in Chasawjurt ein Abkommen über die Beendigung der Kämpfe und den Abzug der russischen Truppen. Nicht entschieden wurde jedoch das Hauptproblem, welchen Status Tschetschenien haben sollte. Dies sollte erst bis zum 31. Dezember 2001 geklärt werden. Die prorussische Regierung Tschetscheniens trat zurück. Im Januar 1997 wurde Maschadow zum neuen Präsidenten gewählt.

Tschetschenien bezeichnete sich jetzt als unabhängige Republik Itschkerija, und die Scharia wurde eingeführt. Innenpolitische Machtkämpfe brachen aus; die Kommandeure – besser „War-



lords“ – beschuldigten Maschadow, eine rußlandfreundliche Politik zu betreiben, und es wurde ein Attentat auf ihn verübt. Die von Rußland zugesagten Hilfsgelder für einen Wiederaufbau versickerten in unbekannten Kanälen. Die wirtschaftliche Situation verschlechterte sich fortlaufend, die organisierte Bandenriminalität nahm zu. Geiselnahmen, Lösegelderpressungen, Terroraktionen im In- und Ausland (eine Aufzählung in: *Nesawisimaja gaset*a, 25.10.2002, *Süddeutsche Zeitung*, 25.10.2002, *Moskowskie nowosti* Nr. 3/01) lassen daran zweifeln, ob es den Terroristen wirklich immer um die Unabhängigkeit Tschetscheniens ging. Seit 1999 mehren sich Berichte über die Ausbreitung fundamentalistischer Muslime (zumeist Wahhabiten genannt) in Tschetschenien und Dagestan. Wahhabiten drangen 1999 nach Dagestan vor, russische Truppen wurden gegen sie eingesetzt. Im April 1999 wurde der russische General Gennadij Schpigun aus Grosny entführt und ermordet. Die Bombenanschläge auf Wohnhäuser in Moskau und Wolgodonsk schrieb man tschetschenischen Rebellen zu, ohne es beweisen zu können. Weitere Bombenanschläge folgten.

Der Krieg kehrte nach Tschetschenien zurück. Im September 1999 rückten russische Truppen in Nordtschetschenien ein, um eine „Sicherheitszone“ zu schaffen. Seit Oktober begannen sie damit, ihre Kontrolle über ganz Tschetschenien auszuweiten. Aus dem Kampf gegen „Extremisten“ und „Banditen“ wurde ein brutaler Vernichtungskrieg, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hatte. Ein Netz von Militärposten wurde über das Land gezogen. Wladimir Putin kündigte an, daß Tschetschenien in Zukunft von Moskau aus regiert und verwaltet würde. Im September 2000 wurde der Mufti Achmad Kadyrow von Moskau als Verwaltungschef eingesetzt. Maschadow drohte dem Mufti „von Moskaus Gnaden“ mit der Todesstrafe, drei Attentate wurden auf ihn verübt. Luftangriffe legten Städte und Dörfer in Schutt und Asche. Bei „Säuberungsaktionen“ wurden alle festgenommen, die man als „Terroristen“ einstufte. Dazu kamen Plünderungen und Vergewaltigungen durch Soldaten und Offiziere.

Die Antwort der Tschetschenen war ein Partisanenkrieg; besonders stolz waren sie, wenn es ihnen gelang, einen Hubschrauber abzuschießen. Verbrechen und Übergriffe von russischer Seite

wurden kaum geahndet. Ein Beispiel hierfür ist der Fall des Obersten Jurij Budanow. Er hatte am 27. März 2000 eine 18jährige Tschetschenin vergewaltigt und ermordet. Der Prozeß zieht sich bis heute hin, da versucht wird, die Schuldunfähigkeit des Täters zu beweisen: Er habe „im Affekt“ gehandelt.

Über die Berichterstattung aus Tschetschenien wurde eine Zensur verhängt. Trotzdem gelang es einigen mutigen Journalistinnen wie Lidija Grafowa und Anna Politikowskaja über den Krieg und die Brutalität der Armee zu berichten. Im April 2001 protestierten etwa 150 Menschen auf dem Puschkinplatz in Moskau gegen den Krieg. Westliche Proteste wie etwa von der Genfer UN-Menschenrechtskommission wurden offiziell als „Informationskrieg“ abgetan. Die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (Göttingen) gab im September 2002 ihrem Memorandum die Überschrift: „Eine Generation wird ausgelöscht. Völkermord in Tschetschenien“.

Niemand weiß, was der Wiederaufbau des zerstörten Landes kosten wird und woher das Geld kommen soll. Von Moskau zur Verfügung gestelltes Geld zeigte kaum Wirkungen und wurde zum Teil wieder unterschlagen. Man hofft auf internationale Hilfe.

Sucht man aus dem Geschichtspuzzle die Ursachen für den blutigen Konflikt herauszufinden, so spielt die Religion zweifellos eine Rolle. Auch die Ölvorkommen sind ein Faktor. Im Zentrum stand jedoch immer das Streben nach Unabhängigkeit von Rußland.

Die russischen Kolonien waren im Unterschied zu den Kolonialgebieten westlicher Staaten alle unmittelbar territorial mit Rußland verbunden. Die bereits erwähnte Angst vor einem Zerfall der Russischen Föderation gab wohl den Ausschlag für die Moskauer Entscheidungen. Dabei spielten auch die zwei „Neu-Ideologien“ der Geopolitik und des Eurasismus eine Rolle. Nach der Theorie der Geopolitiker gehörte Tschetschenien untrennbar zu Rußland. Die Eurasisten sahen in Rußland einen historischen Sonderfall, da es europäische und asiatische Territorien, Orthodoxie und Islam miteinander vereint.

Mitte Oktober, also noch vor der Geiselnahme in Moskau, kam es zu einem Treffen von Deputierten des tschetschenischen Parlaments und dem



russischen Beauftragten für die Menschenrechte in Tschetschenien, Abdul-Chakim Sultygob. Man vereinbarte die Bildung einer gemeinsamen Gruppe zur Klärung anstehender Fragen, so zum Beispiel die eines Referendums zur Verfassung der Republik. Es war zu spät. Zum einen hatte die tschetschenische Seite offensichtlich keine Kontrolle mehr über die verschiedenen eigenen Kampftruppen. Zum anderen hatte offensichtlich Putins „Kampf gegen den Terrorismus“ zu seinem Aufstieg zum Präsidenten beigetragen.

Die bereits erwähnte Journalistin Poltkowskaja hatte seit dem Sommer 1999 Tschetschenien jeden Monat aufgesucht. Im Herbst 2002 erschien in Moskau ihr Buch „Der zweite tschetschenische Krieg“ (eine deutsche Ausgabe ist in Vorbereitung). Am 11. November 2002 verurteilte sie in

der Süddeutschen Zeitung den russischen Einsatz in Tschetschenien als „Verbrechen am eigenen Volk“. Tschetschenische Flüchtlinge, die in Lagern in Inguschetien leben, wollen nicht ins chaotische Tschetschenien zurückkehren. Sie haben die kasachische Regierung um Aufnahme gebeten – nach Kasachstan waren sie unter Stalin verschleppt worden. Polen beschwert sich über das Einsickern tschetschenischer Flüchtlinge über Weißrußland.

In absehbarer Zeit ist nicht mit normalen Verhältnissen in Tschetschenien zu rechnen. Die russische Besatzungsarmee wird bleiben, der Haß gegen sie wird weiterleben. Ein kaukasisches Sprichwort lautet: „Wann wird in den Bergen kein Blut mehr fließen?“ Die Antwort: „Wenn Zuckerrohr im Schnee wächst.“

Paul Roth